

Volks-Zeitung

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden 8. Sagespalt, 3. Amm. be. Miß-
meterzeile oder deren Raum, mit
20 Pf. berechnet u. in weiteren An-
gaben mitteilen u. allen Anzeigen-
gehöhen angemessen. Bekann-
te die 20 mm br. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Annahmebüro norm.
11 Uhr, für die Sonntags-Druck-
u. Abdrucken, sowie für die
Anzeigen, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Ersch.
100. 2. mal, Sonntag 1 mal. Geschäfts-
zeit. a. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Rena-Restraum 14. St. Geschäfts-
honorar. 17. Neben-Geschäftsstelle:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 2,00 Mark, vierteljährlich
5,00 Mark, durch die Post 6,00 Mark
auswärts. Postgebühren. Einzel-
nummern 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichspostanstalten ange-
nommen. Um Anteil, Zeitungs-
preisen unter Gewährleistung einge-
tragen. Für unentgeltlich eingegan-
gene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Zustimmung der Redaktion. Geschäfts-
stelle, fern. der Geschäftsstelle Nr.
1149, der Postgebühren-Nr. 1142
u. 1418, der Bezugs-Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 453.

Halle, Sonnabend, den 27. September.

1919.

Eine Rede Eberts an die Heimkehrer.

Ebert und Noske besuchen die
Durchgangslager.

WZ, Göttingen, 26. Sept. (Drahtnachricht.) Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske begrüßten heute im Durchgangslager Göttingen die heimgekehrten Kriegesgefangenen. Präsident Ebert hielt eine Ansprache, in der er den Heimkehrern für ihre treuen Dienste und ihr tapferes Aushalten dankte. Er führte in seiner Rede weiter folgendes aus:

Die junge deutsche Republik, zu der sich das alte Reich in schmerzlicher und bitterer Kampf umgestaltet hat, braucht jede einschlaffende und ausdauernde Kraft, wenn sie wieder zu einer wahrhaftigen Freiheit und währenden Heimat werden soll. Aber auch neben dem Tagewerk, in das die bittere Not der Volksgemeinschaft ruft, steht im neugefalteten Deutschland die Freiheit, Freiheit der Gesinnung, freie Handhabung der Gleichberechtigung verbürgen die neue Verfassung. Wie immer man zu einzelnen Fragen steht: Beweisen Sie von ersten Tage im alten Vaterland das gleiche Recht für alle als das Bollwerk gegen jede Diktatur. Wenn Sie den Segen kameradschaftlichen Zusammenhalts, den Sie durch harte Jahre schwer gelohnt haben, mit hineinbringen in unser gekämpftes Volk, dann dürfen wir in Ihnen die Vorkämpfer der höchsten Freiheit sehen, in der Freiheit die Achtung vor den Wünschen und der Ueberzeugung der Nächsten hat und auch im politischen Gegner den Landsmann und Schicksalsgenossen sieht. Wirken wir in diesem Sinne, dann muß es wieder in Deutschland vorwärts und aufwärts gehen.

Der Reichspräsident unterließ sich mit einzelnen heims-
gekehrten Soldaten, die durchein-
ander zu schauen und die sich
dankbar und anerkennend für die getroffene Fürsorge und
für den liebevollen Empfang, der ihnen in Göttingen be-
reitet wurde, auszusprechen. Reichspräsident und Reichswehr-
minister besichtigten anschließend die Waffenschmuck-
stätten, Waffenschmuckstätten und Waffenschmuckstätten des Lagers
und teilten nachmittags nach Hannover-Windeln zur Be-
sichtigung des dortigen Lagers weiter.

Tagung des Reichsrates.

Das schwankende Charakterbild der
Kriegesgesellschaften.

WZ, Berlin, 26. Sept. (Drahtnachricht.) Im
Bundesrats-Sitzungssaal des Reichstages tagte heute
nachmittags der Reichsrat in öffentlicher Sitzung. Der
Finanzminister Erberger eröffnete die Sitzung um
5 1/2 Uhr. Er entkündigte sich wegen seines gestrigen
Nichternehmens mit dem Hinweis auf eine wichtige
Sitzung des Gesamtabminis. Der Reichsrat überwiegt
eine Reihe von Berichten und Gesuchen, die an die
Kriegesgesellschaften gehen. Im weiteren Verlauf der
Tagung wurden behandelt der Reichsrat den bereits
geleiteten mitgeteilten Befehl des bayerischen Reichstages
auf Einsetzung eines Untersuchungs- und Ueber-
wachungsausschusses von Mitgliedern des Reichsrates
und der Nationalversammlung über das spätere
Reichstages für die Kriegesgesellschaften. In seinem Be-
richt darüber führte der sächsische Reichstages Graf
Holtenau aus, daß der bayerische Antrag in voller Ueber-
einstimmung mit der sächsischen Regierung gestellt worden
sei. Er entzifferte eine Forderung weiterer Volkstreu-
e und wies vermuthlich auf einen größeren Anhang von
Kriegesgesellschaften nicht unbedeutend sein, die auf das
Vertrauen der Öffentlichkeit Wert legen. Der Aus-
schuß würde sich allerdings noch nicht gleich mit dem be-
sagten Angelegenheiten beschäftigen können, da für diese die einzelstaatlichen Verwaltungen zuständig
sind. Reichsfinanzminister Erberger gab die Ver-
sicherung, daß die Reichsregierung den Befehl nicht
unterstützen werde. Der bayerische Reichstages er-
klärte das Vorgehen Bayerns aus dem Grunde, über
die Schäden, die über die im weiteren Verlauf der
Kriegesgesellschaften zu schaffen, um das Vertrauen des
Volkes zu befestigen. Der Befehl wurde einstimmig
angenommen. Danach tagte der Reichsrat in nicht
öffentlicher Sitzung weiter.

Eine allgemeine Amnestie beim Friedens- schluß?

WZ, Berlin, 26. Sept. Im Haushaltsaus-
schuß der Nationalversammlung erklärte bei der Beratung des Haus-
haltes der Reichsjustizverwaltung ein Regierungsvertreter,
daß eine allgemeine Amnestie nicht in Aussicht liege, viel-
leicht beim endgültigen Friedensschluß.

Auflösung der Nationalversammlung.

WZ, Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Die
die „Reinlichkeits-Zeitung“ ein parlamentarisches
Freiwillig, denken gewisse Anzeichen darauf hin, daß sich
die Regierung mit der baldigen Auflösung der National-
versammlung beschäftigt. Die Neuwahlen für den Reichstag
sollten zuerst im Januar 1920 ausgeschrieben werden. Das

Kabinett scheint aber jetzt zur Ansicht gekommen zu sein, daß
ein früherer Termin angebracht sei. Von Abgeordneten-
kreisen wird verhofft, daß eine Auflösung der Nationalver-
sammlung recht bald erfolgen werde. Die Neuwahlen sollen
im Oktober ausgeschrieben werden.

Der Präsidenten-Etat herabgesetzt.

WZ, Berlin, 26. Sept. Der Haushaltsaus-
schuß der Nationalversammlung hat heute den Haushalt des Reichs-
präsidenten einmütig in der Form genehmigt, daß das Ge-
halt auf 100 000 Mark und die Gehaltszulagen auf rund
800 000 Mark (im Voranschlag 704 000 Mark) ermäßigt
wurden. Darin sind einbezogen 109 000 Mark zur freien
Disposition des Reichspräsidenten, über die Rechnung abzu-
legen ist. Das Büro des Präsidenten umfaßt einen
Vizepräsidenten und achtzehn der gesonderten
drei Vortragenden Räte drei Referenten.

Ausdehnung des Berliner Metall- arbeiterstreiks.

WZ, Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Vom Ver-
band der Metallarbeiter wird uns folgendes mitgeteilt: Die
Zahl der Streikenden steigt täglich. Die Zahl der Be-
triebe, die sich bereit erklären, am Streik teilzunehmen, hat
sich auf 115 erhöht. Die Zahl der tatsächlich befristeten
Arbeiter beträgt heute schon 183. Die Zahl der Streikenden
ist von 18 000 auf 24 000 gestiegen, und die der ausgesparten
Arbeiter hat sich auf 66 000 erhöht, so daß heute rund 90 000
Arbeiter im Kampf liegen. Unter den Streikenden befin-
den sich aber nicht nur Metallarbeiter, sondern auch Trans-
portarbeiter, Fabrikarbeiter und vor allem Feiger und
Werkstätten. Besonders die Feiger und Werkstätten sind
nach den Mitteilungen des Metallarbeiterverbandes sehr
schwer zu halten. Ihre Streik soll so groß sein, daß man
mit einer Sperrung der Kraft- und Lichtstationen Berlin und
damit mit einer allgemeinen Arbeitsruhe in Berlin rechnen
kann. Mit einem Streik händlerischer Feiger und Werkstätten
kann schon in den nächsten Tagen gerechnet werden.

Nach den Abendblättern genimmt der Streik der Metall-
arbeiter an Ausdehnung. Vor allem beginnt die Feiger-
streikbewegung Schule zu machen. In den Werkstätten
wird stark damit gerechnet, daß die Feiger auch diese Werke
mitlegen werden. Doch sind seitens der Feiger Schritte nicht
unternommen worden. In der Fabrik der A. G. G.
in der Brunnenstraße, sowie im Imperatorwerk haben die
Feiger die Arbeit heute niedergelegt, so daß die Werke still-
liegen.

Vom Hafnarbeiterstreik.

WZ, Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir von
unternommenen Streik erfahren, ist in dem Streik der Hafnar-
arbeiter in Hamburg noch keine Verringerung eingetreten.
Nach wie vor stehen die radikalen Teile der Hafnarbeiter-
schaft im Streik, während die Hafnarbeiter der mehrheits-
sozialistischen Richtung weiterarbeiten. Im Altonaer Stadt-
parlament ist gestern ein Antrag eingebracht worden, an die
Hafnarbeiter pro Kopf 600 Mark Unterstützungen zu ge-
währen. Dieser Antrag wurde einer Kommission zur Be-
schickung übergeben. In Göttingen dauert der Streik eben-
falls noch an, doch sind bereits Einigungsverhandlungen im
Gange. Inzwischen können die begonnenen Hofarbeiten
nicht ausgeführt werden und es wird die Ausführung der
Berkösten befristet. Dazu kommt noch, daß unter den
Arbeitern der Stettiner Wasserwerke die Agitation zur
Inferierung eines Spontanzstreiks immer stärker wird
und mit dem Ausbruch eines solchen Streiks, der die Wasser-
versorgung Stettins ernstlich gefährden würde, händlich ge-
rechnet werden kann.

Ausfahrt von Fischdampfern.

WZ, Hamburg, 26. Sept. Von den wegen des Streiks der
Seeleute seit einigen Tagen ausliegenden Fischdampfern
haben heute drei ihre Fangreise wieder aufgenommen.
Weitere werden folgen.

Lohnbewegung unter den Frankfurter Metallarbeitern.

Frankfurt, 26. September. (Eigene Drahtnachricht.)
Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes
hatte an den Arbeitgeberverband eine Eingabe gerichtet, in
der um die Erhöhung der Feuerungspreise ersucht wurde.
Die Industriellen antworteten in ablehnendem Sinne,
woran eine Verminderung der Vertrauensleute und Be-
triebskosten befristet, den Tarifvertrag zu kündigen.

Protest gegen die rheinische Republik.

WZ, Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Die
demokratische Mitglied der preussischen Landesversammlung,
Abgeordneter Janen, in seiner „Walden Zeitung“ mit, daß
vor kurzem in Köln Vertreter aller rheinischen Parteien,
mit Ausnahme allerdings des Zentrums, zusammengetreten
sind und sich dahin verständigt haben, eine gemeinsame Ent-
scheidung zu treffen, nach der alle diese Parteien, also
Deutschdemokratische Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Deutsch-
demokratische Partei, Sozialdemokratische Partei und auch
die unabhängige Sozialdemokratie, diejenigen Mitglieder
aus ihren Reihen auszuwählen, die hierfür noch weiter für den
Gedanken der rheinischen Republik eintreten.

Der Absolutismus des Kaisers

Gheimrat Otto Hamann läßt in den nächsten
Tagen den dritten Band seines Reminiscenzwerkes „Ein-
setzung“ erscheinen, der wie die beiden ersten Bände
stärksten Interesse beanspruchen dürfte. Das Werk, das in
6 Kapitel zerfällt, beginnt mit der Zeit des wiedergewählten
Kaisers Bismarck und führt uns über die „Tafelrunde“, die
„Konfessions-liberale Paarung“, das „Gebirg der Politik“ der
zwei Eichen“, „Horizonten des Weltkrieges“, den „November-
sturm 1908“ zum „Abgang des Fürsten Bismarck“. Es schließt
mit einem Epilog, der sich auch mit der Schuld am Kriege
beschäftigt. Durch das Entgegenkommen des Verlegers von
Reimar Hobbing sind wir schon heute in der Lage, ein
Kapitel hier zum Abdruck zu bringen, das den Absolutismus
des Kaisers beleuchtet. Es heißt dort inbegriffen auf dem damals
vorgesehenen Abgang des Erbprinzen von Scheitende aus
dem Kolonialamt:

Für den nicht unwahrscheinlichen Fall, daß der stell-
vertretende Kolonialdirektor Erberling von Hofenlohe, der
sein Amt mit Freizügigkeit und besten Willen verwaltete, aber den
politischen Kolonialideen im Reichstage nicht gemächlich
war, zurücktreten würde, dürfte Fürst Bismarck, den
Gouverneur von Ostafrika Graf Götze zum Kaiser für die
zur Aussicht auf den künftigen Staatspräsidenten vorzu-
schlagen. Der Kaiser wollte jedoch vorläufig nicht darauf
eingehen, „Erni“ habe nicht einen Ehrenposten, sondern eine
Arbeitsstelle erlangen wollen und damit allen Fürsten ein
gutes Beispiel gegeben; ihn nicht gehen zu lassen, läßt so
aus, als ob er dem Zentrum, das noch Anfang an gegen ihn
gewesen sei, gepostet würde. Der Kaiser war dem Zentrum
nicht gewogen, nicht sowohl wegen dessen katholischer Tendenzen
als weil sein absolutistischer Geist jeder Partei ab-
geneigt sein mußte, die eine ähnliche parlamentarische Macht
ausgeübt hätte wie das Zentrum im Reichstage.

Im August 1906 hielt ich mich auf Wunsch des Kam-
lers einige Tage in Bornberg auf. Er besprach mit mir
die innere Lage und legte mir unter anderem eine Meldung
des vortragenden Rates in der Reichskanzlei vor, worin
Herr v. Roedel mitteilte, daß ihm von einem alten Afri-
kaner (Fehr u. Eberstein) der Direktor der Darmstädter
Bank, Bernhard Dernburg, als ein Mann bezeichnet worden
sei, der völliheit geeignet wäre, die koloniale Wirtschaftskraft
zu befestigen und der Kolonialabteilung in Berlin einen
neuen präzisieren Geist beizubringen.

Ich kannte Dernburg nur flüchtig, empfahl aber drin-
gends einen energischen Kaufmann wie Dernburg zu berufen
Nach einem so ungewöhnlichen Schritt werde zunächst größere
Ruhe eintreten, das Beitreten der sogenannten Kolonial-
fanale erwidert werden und die Ansicht zu lassen, daß es
dem Kaiser ernst sei mit der Kolonialreform. Die Ent-
lassung Ernis sehe dann auch nicht mehr wie ein neues Ange-
wiesenes an das Zentrum aus. Roedel wurde angewiesen,
mit Dernburg in Verbindung zu treten und dann das Ein-
verständnis des Kaisers vom Fürsten Bismarck leicht erreicht.

Degegen trat in jenem Sommer, in dem infolge des
langen Erholungsurlaubes Bismarcks die länderliche persönliche
Führung mit dem Kaiser fehlte, der absolutistische
Zug im Wesen des Kaisers bei mehreren Gelegenheiten
klar hervor. Während der Nord-
landreise kam ein Immediatbericht des preussischen Staats-
ministeriums, der im Anschluß an die Geburt des ersten
Sohnes des Kronprinzenpaares den Erlaß einer Amnestie
vorschlug, mit sehr ungnädigen Bemerkungen aus
Molde zurück. Jetzt aus heiterem Himmel wegen der
Geburt eines Entsets eine Amnestie an höchster Stelle zu
bestellen, sei ungebührlich, das Ministerium hätte
zu warten, bis der Souverän ihm seine An-
regungen zugehen ließe. Gleichwohl gelang es den
Bemühungen Bismarcks, zu den Teuffelstücken Ende August
eine Amnestie für Strafen wegen Majestätsbeleidigungen
zu erwirken. Ferner: Nach dem Paradedeich am 2. Sept.,
dem auch der Reichskanzler beistand, zeigte sich der
Kaiser aufgebracht darüber, daß die Bahn von
Ruhb nach Reemshoop nicht ohne Einwilligung der
Reichstages und gegen den bestehenden Beschluß in der letz-
ten Tagung logisch in Angriff genommen werden sollte.
Am nächsten Tage, bei einem gemeinsamen Vertrag des
Kaisers, des Generalleutnants v. Molke und des Chefs des
Militärkabinetts Grafen v. Hülsen, gab der Kaiser nur
widerwillig nach. Es blieb aber eine Verhütung gegen
Bismarck zurück.

Die Gelegenheit, in friebzeitlichen Erörterungen zu
schwelen, die sich bei den auf den Sedantag folgenden
Wandern in Schlesien bot, wurde vom Kaiser reichlich
ausgenutzt. Bei dem in der Provinz Schlesien gegebenen
Wahl in Breslau fiel das Wort: „Dem Leben den ge-
hörte die Welt, und der Lebende hat recht.“ Schwarz-
schwarz ist nicht, und wer sich zur Arbeit nicht
eignet, der schide aus und lude sich ein besseres Land.“
In einer englischen Zeitschrift war ein Artikel erschienen,
der die überlegene Bedeutung künftiger
Monarchen gegenüber parlamentarischen

Staatsministeren Bescheid. Im Friederichianischen
Eck verfuhrte der Kaiser ungefähr so: Birkuliert
beim Staatsminister. Wären sich meine
Minister das Wort des alten Somer: „Einer sei der
Kaiser, einer sei König“, ad notam nehmen und den
Schluß obigen artikuli ordentlich sich ein-
prägen.

Als der Reichstangler die Geschäfte in Berlin in vollem
Umfange aufnahm, tauchten immer wieder Gerüchte auf,
daß weder seine Gesundheit noch seine Stellung gefährdet sei.
In Rominten war Fürst Philipp zu Guleburg, wie der
Sohn des Kaisers. Seine möglich um den Kaiser schändlichen
Geist hielt für einen etwaigen Kaiserwechsel kein Ge-
banten bereit. S. W. macht mit Rücksicht auf auswärtige
Politik, das Innere der Reichstangler, sondern ein
harter Mann, der uns von Sozialdemokraten und Zentrum
zu befreien hätte. Fürst Philipp sollte sogar schon in der
Sorge um Bernhard Willows Gesundheit Julius Wolfke, den
Generalstabesführer — Julius war ein in der Folgezeit
willkürlich gebrauchter Vorname — als Nachfolger bezeichnet
haben. Dabei spielte der umgekehrte Generalstabschef offen-
bar nur eine passive Rolle, er war viel zu ehrlich und allen
Mängeln abhold, mußte auch, daß der General v. Caprivi
vor ihm als Kanzler die Bekanntheit mit dem Parlament
und große Redegabe vorausgesetzt hatte. Willows ließ sich
durch diese Gerüchte nicht beunruhigen, er füllte sich wieder
gesund und mußte, daß es ihm nicht schwer fallen würde,
kommende Schwierigkeiten mit dem Kaiser zu überwinden.
Er dauerte nicht lange, daß sich ein neuer, zwar nicht
folgenreicher, aber doch für das Verhältnis des Kaisers zum
Reichstag bezeichnender Zwischenfall ereignete. In der
Wochenend-Bürokorrespondenz hatte der Kaiser
gelesen, daß der Kanzler vor Eröffnung des Reichstags eine
Reihe von Parlamentariern zu vertraulichen
Besprechungen empfangen würde. Der
Kaiser hat darauf den Kanzler brieflich, solche
Empfänge zu unterlassen. Wenn es sich um wich-
tige Vorlagen, Flotte, Armee, Schule usw. handele, möchten
solche Vorbesprechungen zweckmäßig sein, aber sonst ginge
das Eindringen von Abgeordneten in die
Regierungsgeheimnisse nicht an. In der Antwort
wurde geantwortet, daß die Verträge vom Zentrum abge-
ordnet in den inneren Kolonialdienst den Widerstand des
Reichstanglers herausforderten, eine Einschränkung des Ver-
kehrs mit Abgeordneten auf das Nötigste zugelassen und zu-
gleich auf den demnächstigen Empfang des Zentrumsführers
Españ bereitet, dem Flargemacht werden sollte, daß die
Angehörigen katholischer Beamten, der Mißbrauch amtlicher
Karten und die Nebenregierung der Mission in Logo
aufzuheben müßten. Etwas Wehliges, nur in viel schärferen
Formen, hatte man schon in den letzten Tagen der Ant-
wort des Fürsten Bismarck nach dem Empfang Windthorst
vielt.

Deutschnationale Eigenart.

Meine Ausführungen zu dem Platanenstück der deut-
snationalen Volkspartei scheinen die Daily'sche Zeitung am Ihre
Seite gebracht zu haben, denn sie widmen ihnen auf meiner Zei-
tung am 1. d. M. in der Abendausgabe vom 24. September, sondern
auch in der Morgenausgabe vom 26. insgesamt 230 Zeilen. Ich
gebe die Daten an, um möglichst einer großen Anzahl meiner
Parteiländer Gelegenheit zu geben, sich nach nachdrücklich diese
Kammern beschaffen zu können, weil sonst bei der bekannten ge-
ringeren Verbreitung dieses Blattes jene interessanten Entsee-
nungen zum Schaden der Allgemeinheit verloren gehen würden.
Ich hätte auf eine Erweiterung auf die Ausführungen der
d. 3. vom 24. September verzichtet, weil ein Zeitungsgeant
nehmen derartigen Geismar nicht entspricht, wenn nicht ge-
nügen vom 26. hinzugekommen wären. Hierin beschäftigt sich
ähnlich die d. 3. mit meiner Person, einer Latzli, die man sich
für ungesund ist und mit der ich mich gerechnet habe, weil seiteneit
logar Familienverhältnisse von Geheimrat Webersleben an
die Öffentlichkeit gezogen wurden, um damit Politik zu trei-
ben. Wie ernst ich meine Ausführungen aufgelegt habe, mag die
d. 3. und mit ihr die deutsch-nationale Volkspartei barans
einsehen, daß ich sie trotz einer schwer kommenden Knappheit
meiner Person nicht aufgeben habe, wenn ich beide von der
Größe und dem Ernst einer selbständigen Überzeugung über-
haupt eine Vorstellung machen können, was ich stütz beweinle,
weil sie sonst die persönliche Anwesenheit von politischen Ge-
seuten vermeiden müßte. So kann ein derartiges Verhältnis
werden nur nach der Richtung aufweisen, daß die deutsch-nationale
Volkspartei vor dem Geismar des Reichstanges nicht stehen
und andererseits im Träben ihren Widerstand zu betreiben.

Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß die ganze Angelegenheit
durch das Vortreten der deutsch-nationalen Volkspartei zur Ent-
wickelung gekommen ist. Genau wie im Juni, wenn ich mich
recht erinnere, hat die deutsch-nationale Volkspartei, welche
durch schimpfliche Plakate, die trotz der d. 3. nach meiner letzten
Überzeugung mit der Wahrheit nicht im Einklang stehen, meine
Empörung über die Handlungsweise der deutsch-nationalen Volk-
spartei ist eine außerordentlich weitreichende, so daß solche Hand-
lung nur nur annehmbar sein kann, weil sie damit hauptsächlich
Ziel, die demokratische Bewegung zu unterstützen, das allgemeine
U-Bewusstsein zum Krieg gegen Deutschland getrieben worden
sein, nicht erreicht. Den „aufsehererregenden Enthüllungen“
des Senators Mr. Graham stelle ich die Beobachtungen des Gra-
fen Bernstorff gegenüber, die ich gelegentlich unseres Partei-
tages vor ihm selbst übermittelt bekam.

Er hat die verhängnisvolle Zeit in Amerika mit erlebt, und
aus seinen Erfahrungen heraus auf das entscheidende er-
klärt, daß man sich durch seine Propaganda-Anträge, oder Ver-
teidigungschrift über die seitliche Tatfache täuschen lassen darf,
daß ausschließlich der U-Bewusstes den Bruch mit dem Vereinig-
ten Staaten und dadurch unsere Widerkraft herbeiführt. Die
sagte uns ferner, daß die Stimmung in Amerika im Herbst
1917 noch so wenig freierisch gewesen sei, als es einer zwei-
monatlichen Propaganda bedürfte, bevor der Krieg gegen uns
erklärt werden konnte, und daß das Material zu dieser Propaga-
nda einzig und allein von Deutschland geliefert worden sei.
Von zwei Seiten ist während des Krieges unsere Politik gemäch-
t worden, die eine nach militärischen, die andere nach poli-
tisch-politisch gerichtet. Diese Tatfache hat jene Doppelzungenheit
der deutschen Politik hervorgerufen, die uns so gefährlich gewor-
den ist. Die deutsch-nationale Volkspartei hat so oft von der
mangelnden politischen Führung während des Krieges gesprochen,
aber hat sie denn oder möglich gemacht, was das kann alles da-
zu leisten, um die bis zum Ende des Krieges von der Außenwelt
als die Willkürmacht übergeben zu lassen? Das hat sich aber
von der Seite gesehen, biselben Herzen, die es auch zu
verbinden gemut haben, daß Graf Bernstorff als einziger Sach-
verständiger, als einziger Kenner der amerikanischen Verhältnisse
von dem früheren Kaiser überhaupt empfangen wurde. Nun
hab es ausserordentlich diese Herzen, die jetzt mit beratigen schon

des anderen erwähnten Material an die Öffentlichkeit treten.
Das vertritt überaus schlimm. Es wird nebenbei bemerkt die-
selben Herzen, die sich auch zu der folgenden Erklärung haben
verrichten lassen: Die Reden über die Friedensbedingungen hat
nicht übernehmend auf alle Deutschen gewirkt. Diese Situa-
tion muß von uns unbedingt agitatorisch aus-
genutzt werden.“ Diese Worte sind auch die d. 3. nicht
ungepöndert machen können, selbst wenn sie mit allen Kräften
der Dialektik arbeitet. Eine solche Partei, die das Ende
des Vaterlandes agitatorisch ausnutzt, trägt man auch
noch mehr zu.

Das habe ich zu den „aufsehererregenden“ Enthüllungen
des Senators Mr. Graham zu sagen. Was die deutsch-nationale
Volkspartei auf ihrem Standpunkt verharren. Wir bleiben bei
den unfruchtbar. In den erwähnten Plakaten spielte die Frage
der verschiedenen Auffassung auch eine Nebenrolle. Das,
was ich der deutsch-nationalen Volkspartei auch weiterhin nicht
als bewachte Eins und als eine im höchsten Grade unfaire
Kampfmethode vorwerfe, ist die Bemerkung „internationale De-
mokratie“. Es ist unwürdig, die Vaterlandsiebe des politischen
Geismers in Zweifel zu ziehen, um damit auf Stimmzinsen aus-
zugehen.

Dr. Käßemann's Halle.

Die Erhöhung der Telefon- und Telegraphen- gebühren.

WB. Berlin, 26. Sept. Wie bereits bei der Beratung der
Gesetze über die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und
Fernsprechgebühren im August in der Nationalversammlung
bekanntgegeben worden ist, sollen mit dieser Erhöhung am
1. Oktober auch die Nebengebühren im Telegraphen- und
Fernsprechverkehr um 100 vom Hundert erhöht werden. Das
betrifft namentlich die abgekürzten Telegrammadressen, die
G-Bühren für Fernsprechanrufe, für Zufahrtseinrichtungen
wie besondere Wäcker usw., die Entfernungszuschläge bei
Reisungen von mehr als fünf Kilometer Länge für den
Kassaportier- und Bezirksverkehr, sowie für besondere Tele-
graphen- und Nebentelegraphen. Die Verordnung wird in
den nächsten Tagen erscheinen. Die Anhaber von Anlagen,
deren Gebühren dadurch erhöht werden, können die Anlagen
bis zum 15. Oktober zum 1. November kündigen.

Insug.

Koblenz, 26. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Ueber einen
Zusammenstoß französischer Besatzungstruppen mit deutschen
Reichswehrsoldaten wird berichtet: Eine Patrouille des
Limburger Reichswehrbataillons hatte am 11. Sept. an der
Grenze des besetzten Gebietes einen Hinterhalt gelegt und
ohne Ermächtigung zwei französische Offiziere verhaftet.
Nachdem diese wieder in Limburg freigelassen worden waren
und zurückgekehrt, wurden sie auf der Reise in Limburg von
einigen Personen verhaftet. Anschließend hatte der Kom-
mandierende General der 10. französischen Armee den
Besörden im unbedenklichen Gebiet eine formelle und jere-
liche Entschuldigung verlangt. Diese Entschuldigung wurde
am vergangenen Sonntag durch den Kommandanten des
Limburger Bataillons, Oberleutnant Lehr und durch die
Bürgermeister von Limburg und Camberg ausgedrückt. Die
beiden Bürgermeister bedauerten die Umgebungen und er-
klärten, sie seien überzeugt, daß die Führer an denselben
nicht teilgenommen hätten. Der französische Oberst nahm die
Entschuldigung im Namen des Kommandierenden Generals
an und erklärte sich mit dieser Genehmigung befriedigt.

Inseher Wachmannschaften.

WB. Berlin, 26. Sept. Nach dem „Berl. Tagebl.“ trafen
dieser Tage mehrere Kompanien Reichswehrtruppen des
Pionierbataillons von Giesewitz in Sauerberg an und be-
setzten sofort das dortige Mannschafstrotzenlager. Den
bisherigen Wachmannschaften wurden die Waffen abge-
nommen und die Mannschaften sofort entlassen.

Mordanschlag auf den Leiter der Berliner Militärpolizei.

WB. Berlin, 26. Sept. (Drahtnachricht.) Einer
Berliner Aerschöpfung zufolge wurde gegen den Leiter der
Militärpolizei, Major Hinterhoff, der gegen das Schieber-
wesen besonders streng vorging, gestern Abend in der Nähe
des Bahnhofs Sauerberg ein Mordanschlag verübt.
Ein Mann, der sich Müller nannte und der den Major sehr
genieß, in einer ganz dringenden Sache zu sprechen wünschte,
hatte telefonisch mit ihm für einen im Zusammenstrei-
ben vereinbart. Als der Versuch, den Major abzuholen, nicht
gelang, küßte der angebliche Müller mit einem harten
Gesicht den Major auf den Kopf. Der Major stieß den
Angriff in die Brust. Dieser und zwei hinzugelommene
Männer entliefen jedoch unversehrt.

Der Feind im Reich.

WB. Berlin, 26. Sept. Im Haushaltsauschuss der
Nationalversammlung wählte der Abgeordnete Schirmer
(Zentrum), daß bei der Durchführung der Verfassungsbemü-
hungen überall darauf gesehen werde, daß Hand in Hand
mit den Reaktionen der Länder gearbeitet und deren
Eigenart entsprechend berücksichtigt werde. Das Verlangen
auf Überführung des Heeresarchivs in München nach Berlin
habe Aufsehen erregt und den Reichspräsidenten im Hinblick
auf seine allgemeine Zusage in München und Stuttgart in
ein schiefes Licht gebracht. Der Reichstangler erklärte, daß
in der vom Vordröder gemündeten Weise verfahren werden
soll. Alle aus der Ausführung der Verfassungsbestimmun-
gen sich ergebenden Fragen sollen durch Verhandlungen im
Einvernehmen mit den Freistaaten erledigt werden. Kein
Freistaat soll verzwangt werden. Alle Fragen, die sich
auf das Ehrenwahr und Wohlwollen und auf die Übernahme
des Personals beziehen, sollen im Einverständnis mit der
bayerischen Regierung gelöst und die bayerische Eigenart be-
rücksichtigt werden.

Deutscher Hilfsverein in San Francisco.

WB. Berlin, 26. Sept. Wie der hiesige Vertreter der
Chicagoer „Abendpost“ erzählt, haben Deutschamerikaner vor-
tugum in San Francisco einen Hilfsverein gegründet, in
dem die Frauen eifrig an der Herstellung einer großen
Menge von Kinderkleidern arbeiten, um Tausenden von
armen Kindern in Deutschland eine Weihnachtsgabe zu
machen. Es werden aber auch Kleidungsstücke für Erwachsene
und vor allem Nahrungsmittel, wie Spinneln, Fett, londen-
secte Milch, Kaffee, Seife usw., gesammelt, die in größerem
Umfange nach Deutschland zu schicken werden sollen. Hundert-
tausende von Volkspolsten sind schon an Verwandte und
Freunde abgegangen.

Unsere Kriegsgefangenen in Japan.

WB. Berlin, 26. Sept. Die Reichsgerichtsstelle für
Kriegs- und Zivilgefangene stellt mit: 1. die japanische Be-
regierung hat gemäß der Entschöbung der Pariser Konferenz
den Vorschlag gemacht, die deutschen Kriegsgefangenen in die
heim zu entlassen, ohne die Zukunft der mit dem Abtransport
nicht bestrauten deutschen Kommission abzurufen. Die
Bereitswilligkeit der Schweizerischen Gesundheitsämter in Tokio,
sich des Erforderlichen anzunehmen, läßt eine glatte Auf-
wickelung des Abtransportes erhoffen; 2. es besteht die Hoff-
nung, daß der Dampfer „Hohen“, der die Befragungen der
in Niederländisch-Indien ausgewiesenen deutschen Gefisse ab-
holen soll, gleichzeitig die in Ahmednagar (Indien) be-
findlichen Gefissen mitbringt, soweit Platz vorhanden ist.

Vor einer Umwälzung in Italien.

Lugana, 26. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Die aus
Rom eingetroffenen Nachrichten besagen, daß infolge der
Ummunio-Krise eine völlige innerpolitische Umwälzung
eintreten wird. Der Minister Nitti gilt als unwirksam,
Ummunio-Anhang wird von Stunde zu Stunde größer.
Sein Einfluß wird sehr hoch eingeschätzt werden, da mit Aus-
nahme der Sozialisten die Einflüsse hinter ihm stehen.
In den Wandelungen der Kammer kurzlich die wählenden
Gerichte. Der „Epoca“ zufolge ist eine neue Partei in der
Bildung begriffen, deren wichtigster Programmzweck in der
rücksichtslosen Unterdrückung der Bestechungen & Kommunio-
n-heit. Falls diese Nachrichten zutreffen, steht Italien vor
unübersehbaren Ereignissen.

Friedensvorschläge Lenins an England

WB. Amsterdam, 26. Sept. „Allgemeines Handelsblad“
zufolge wird aus Sellingsros gemeldet, daß Lenin dem aus
Moskau zurückgekehrten Korrespondenten des „Mandator
Guardian“, Dr. Dob, die Aufgabe anvertraut habe, der
britischen Regierung Friedensvorschläge zu überbringen.

Kampfanfrage Trotski gegen Amerika und England.

WB. Amsterdam, 26. Sept. Der Professor Dr. Hablo
zufolge melden „New York Herald“ und andere amerika-
nische Blätter, daß Trotski erklärt habe, der wachsamste abe
Kampf gegen den Kapitalismus werde gegen Amerika und
England fortgesetzt werden.

Krisis in der amerikanischen Streikbewegung.

WB. Amsterdam, 26. Sept. Nach einer Reklamation
aus Annapolis ist in der Stadtfrage eine völlige Stöckung
eingetreten. Im Westen hat die Zahl der Streikenden aus-
genommen, während in Pennsylvania viele Arbeiter zur
Arbeit zurückgeführt sind.

Großfürstlicher Zeitvertrieb.

Kopenhagen, 26. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Ueber
Sellingsros wird aus Kopenhagen berichtet, daß Großfürst Nikolai
Mikolajewitsch sich auf den Kränzenzweig befindet, wo er
ausgeht damit beschäftigt ist, seiner Gemahlin seine Erinne-
rungen zu bitten. In die Erinnerung nehmen die
Kaiserin Alexandra und Natalin einen hervorragenden
Blat ein. Diese Erinnerungen sollen erst nach dem Tode des
Großfürsten veröffentlicht werden. Großfürst Michael be-
findet sich im Hauptquartier Koffskals und tritt als Kom-
mandant auf. Er wird sich bei der ersten künftigen Gelegen-
heit zum Zar erlaufen lassen.

Preussische Landesversammlung.

WB. Berlin, 26. Sept. 55. Sitzung. Am Minister-
tische: Dr. Südekum.
Präsident Reinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr
20 Minuten.

In Fortsetzung der zweiten

Beratung des Staatshaushaltplanes

für 1919 — Finanzverwaltung — begründet
Hr. Schuber (Soz.) den Antrag des Haushaltsaus-
schusses auf Verbilligung der Deutschnationalen der Be-
amten, auf Ausban der Feuerungsanlagen, auf
den Antrag des Haushaltsauschusses über Neu-
regulierung der Rechtsverhältnisse der Beamten. Der Ent-
wurf eines Beamtengehaltes soll vorgelegt werden. Das
Gesetz betreffend die Disziplinargerichte soll geändert,
das Verordnungsgebot ergänzt werden.

Hr. Dr. Lewes (Str.) begründet seine Anträge auf
Steuerfreiheit der Feuerungsanlagen der Privatange-
stellten und über

Notstandsbarleihen an Privatangehörige

Zur allgemeinen Finanzverwaltung und der Ver-
waltung der direkten Steuern spricht
Finanzminister Südekum: Die „Tägliche Rund-
schau“ hat vor einiger Zeit fälschlich berichtet, ich hätte
in Weimar gesagt, der Staatsbankrott sei unvermeidlich.
Ich habe geteilt sofort die Worte benachrichtigt,
daß diese Nachricht erlogen ist, und habe so verhindert,
daß die Börsenbörsen sich verunsichert hätten, die
vielleicht auch damit verunsichert gewesen sind.
Hr. Gerst (Dn.): Die Bemerkungen werden auf lange
Zeit hinaus der Zukunft bedürfen. Die Abgabe der
Steuerfreiheit an das Reich bedeutet den Verlust der Mög-
lichkeit einer Kulturförderung. Das Reichsoberhaupt ist
die unglücklichste aller Gesetzesvorlagen.

Die Rechte des Staates und der Kommunen dürfen nicht
verknüpft werden. Der Kommune müssen erheblich
größere Anteile zugewiesen werden als beabsichtigt ist.
Die wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes beruht auf
der Belebung der Produktion. Die Erwerbslosen müssen
produktiver Arbeit zugeführt, die Tarifverträge ge-
ändert werden. Die Arbeitswilligen müssen geschützt werden.
(Sehr richtig recht.) Ferner ist notwendig die
Ausbau der Sozialversicherung. Der Reichswirtschaftsrat
müßte bald in die Erziehung treten. Der Abbau der
Zwangswirtschaft muß im ganzen vorgenommen werden.
Die Ersatzlöhne sind gestärkt werden durch Milli-
tär-, Polizei- und Beamtenlöhne. Der Staatsbankrott
kann nur durch Verhandlungen mit der Entente ver-
mieden werden. Wir müssen ausländische Kredite be-
kommen.

Hr. Heilmann (Soz.): In einer geordneten Aus-
bauverteilung können wir solange nicht, als die
Deutschnationalen mit der Gegenrevolution, mit dem

